

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

i.A.22.14.7.3. - BIC/is


Chiffriert <input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	Priorität <input type="checkbox"/> Norm. <input checked="" type="checkbox"/> Dring. <input type="checkbox"/> Flash	Faktura <input type="checkbox"/>	Text erg. <input type="checkbox"/>	F.I. <input type="checkbox"/>
--	-------------------------------	---	-------------------------------------	---------------------------------------	----------------------------------

Absender <u>Presse und Info.</u>	Seite-Nr. <u>1</u>
-------------------------------------	-----------------------

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
wochentx					

\*\*\*

Wochentelex 38/86                      v e r t r a u l i c h

Bundesrat Furgler in Brasilien

Auf dem Weg zur GATT-Ministerkonferenz in Punta del Este hat Bundesrat Furgler am 11. September 1986 in Brasilia Zwischenhalt gemacht. Mit Handels- und Industrieminister Dr. Castelo Branco sowie weiteren Regierungsvertretern und politischen Persoenlichkeiten fuehrte er Arbeitsgespraeche, in denen seitens Brasilien offen ueber die Probleme der Wirtschaftsentwicklung informiert wurde. Zum Ausdruck kam auch, wie sehr dieser erste offizielle Besuch eines schweizerischen Bundesrates in der 8-groessten Wirtschaftsmacht Brasilien geschaezt und interpretiert wurde als Etappe zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit. Brasilien wuenscht noch mehr schweizerische Investitionen (mit 2 Milliarden Dollar nimmt die Schweiz den vierten Rang ein) und vorallem mehr technisches Wissen fuer den weiteren Ausbau der Industrie. Nebst bilateralen Handelsanliegen stand die bevorstehende GATT-Runde deutlich im Mittelpunkt der Fachgespraeche. Am 12. September hat Bundesrat Furgler mit Minister Castelo Branco in Sao Paulo die Tecno-Suica eroeffnet, ein Symposium an dem rund 30 Firmen ueber ihre neuesten Entwicklungen oder Dienstleistungsangebote informieren. Zu den vom 15. - 19.9. veranstalteten Vortraegen hatten sich am Eroeffnungstag bereits ueber 2'900 Fach- und

1 150 000 24665

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum: _____
--------------





Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)



Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Nein

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Norm.	Dring.	Flash

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

--

2
---

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Geschaeftsleute eingeschrieben. Ein Erfolg fuer die von der SZH in enger Zusammenarbeit mit den diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Brasilien vorbereitete Veranstaltung.

Am 13.9.86 nahm BR Furgler noch an den Feierlichkeiten zum 20-jaeh-rigen Bestehen der Schweizer Schule in Sao Paulo teil.

Besuch des oesterreichischen Generalsekretaers Hinteregger in Bern,

11. September 1986

Als bilaterale Ergaenzung zum jaehrlichen Treffen der Staatssekretaere der vier Neutralen (Mai 1986 in Stockholm) empfing Staatssekretaer Brunner seinen oesterreichischen Amtskollegen zu Konsultationen in Bern. Gespraechsthemen waren die Ost-West-Beziehungen und der KSZE-Prozess, die Entwicklung in Suedafrika, europaeische und multilaterale Fragen (EG/EFTA, UNESCO, Blockfreie) sowie die bilateralen Beziehungen.

Beide Gespraechspartner sind sich einig, dass der Dialog der Supermaechte schwer gestoert ist und durch eine Einigung auf der Stockholmer KVAE neue Impulse erhalten sollte. Bern erwartet von dieser Konferenz eine grundlegende Einigung ueber das Hauptproblem jeder Abruestungsvereinbarung, die Verifikation. Das schweizerische Angebot eines neutralen Ueberwachungsflugzeuges findet die Unterstuetzung Oesterreichs, welches sich davon auch eine Aufwertung der

I 150 000 24665

Datum: \_\_\_\_\_  
Tel. intern \_\_\_\_\_

Visum: \_\_\_\_\_



Referenzen und Initialen


Adresse (für Telex an Dritte)


Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

N+N-Staaten verspricht. Brunner macht im Hinblick auf die Wiener Folgekonferenz den Vorschlag, fuer kuenftige KSZE-Treffen Zeitpunkt und Dauer zum voraus festzulegen, so dass nur noch die Tagungsorte vereinbart werden muessten. Damit waere auch ohne Schlusssdokument die Fortsetzung des Helsinki-Prozesses gesichert. Fuer beide neutralen Nachbarstaaten bildet die Intensivierung der Beziehungen zur europaeischen Gemeinschaft ein Kernproblem ihrer Aussenpolitik. Hinteregger sieht in der wachsenden Heterogenitaet der EG infolge der Suederweiterung eher eine Chance fuer die Aussenseiter, im bilateralen Kontakt mit einzelnen Mitgliedstaaten Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu nehmen.

(Aufzeichnung in Teil II)

BRUNNER.

NNNN

Datum: \_\_\_\_\_

Tel. intern \_\_\_\_\_

Visum:



## T E I L I I

Gespräche Staatssekretär Brunners (BRE) mit dem  
österreichischen Generalsekretär Gerald Hinteregger (GH)  
in Bern, 11. September 1986

---

### 1. Ost-West-Beziehungen

GH differenziert zwischen Österreichs Verhältnis zur Sowjetunion, die - von den den Ereignissen um Tschernobyl abgesehen - relativ problemfrei sind, und den vielfältigen Beziehungen zu den übrigen Staaten Osteuropas. Hier finde nach einer Serie von Parteitagen die jeweilige nationale Politik ihre ungebrochene Fortsetzung, ohne dass die Sowjetführung unter Gorbatschow bremsend eingreife oder die Spannung zwischen den Supermächten sich negativ auswirke. Im Supermächte-Verhältnis USA-Sowjetunion sieht GH ein hohes Störpotential (Libyen, Danilow u.a.) am Werk, das ein baldiges Gipfeltreffen in Frage stelle, aber unbedingt bis zur Wiener KSZE im November beseitigt werden sollte.

BRE stellt fest, dass die Veränderungen in Moskau unter Gorbatschow, die mehr den Führungsstil als die politische Substanz betreffen, im übrigen Osteuropa nicht die sonst übliche rasche Anpassung zur Folge hatten. Seit der Ablösung Gromykos seien im sowjetischen Aussenministerium kompetentere Gesprächspartner anzutreffen, während der neue Sowjetbotschafter in Washington nicht mehr dem aussenpolitischen Entscheidungskreis angehöre. Die einzige Möglichkeit, dem Supermächte-Dialog einen echten Impuls zu verleihen, bestehe in einer Einigung auf der Stockholmer KVAE. Hier bestehe das zentrale Problem in der Verifikation allfälliger Abrüstungsschritte.

Botschafter Pianca orientiert über den Moskau-Besuch Bundesrat Auberts: Obwohl der Eindruck vorherrscht, im Kreml sei eine neue Generation mit mehr Bildung und Sachkenntnis zur Macht gelangt, ist diese junge Garde zur "Kohabitation" mit den alten Funktionären gezwungen. Gorbatschows modernistische Effizienz bildet für Kirchen und Dissidente eine grosse Gefahr.

Die Reden Auberts wurden in den sowjetischen Medien wie jede Information über westliche Besuche stark zensuriert.

Für GH ist Gorbatschow ein reines Produkt des Sowjetsystems, kein echter Reformier: Die als notwendig erkannte Modernisierung der Wirtschaft bedeutet nur effizienteres Management, nicht Dezentralisierung wie etwa in Ungarn. Gorbatschow hat wohl den zentralen Machtapparat fest im Griff, kann sich aber kaum bei dem Heer von Funktionären im ganzen Lande durchsetzen; er ist kein Alleinherrscher wie Stalin, sondern abhängig von einem grossen Kreis von Machträgern.

BRE sieht im sowjetischen Machtsystem ein Koalition von Partei-



apparat, Roter Armee und Geheimpolizei; die Verhaftung Danilows sei eine typische KGB-Aktion, das militärische Engagement in Afghanistan wie das nachträgliche Nein zum Schweizer Vorschlag eines neutralen Verifikationsflugzeuges das Werk der Armee.

GH: während die Armee z.Z. eher geschwächt und politisch kontrolliert ist, haben Andropow und sein Schüler Gorbatschow den KGB aufgewertet. In der Politik des heutigen Parteichefs mischen sich Elemente von Chruschtschow (Populismus) und von Andropow (Effizienz und Reform). Anstelle der ursprünglichen Aufbruchstimmung herrscht wieder Ernüchterung.

BRE: Das intellektuelle Potential der Sowjetunion bringt ausserhalb der Rüstungsindustrie kaum Innovationen hervor; es leidet unter der Isolation von westlichen Kontakten und Publikationen.

Botschafter Ritter: unserer Kommunikationsgesellschaft steht im Osten ein Geheimniskult gegenüber, der die atomisierte Forschung auf Spezialgebieten (z.B. Byzantinologie) fördert, aber generalistische Intellektuelle (z.B. reine Philosophie) fürchtet.

## 2. KSZE-Prozess (bes. Stockholm und Wien)

BRE erwartet von der KVAE unbedingt eine grundsätzliche Einigung über das Hauptproblem der Verifikation. Mit dem Schweizer Vorschlag eines neutralen Überwachungsflugzeuges liege ein konkretes Angebot aus dem Kreis der N+N-Staaten vor, von denen stets eine Vermittlerrolle erwartet werde. Die Modalitäten dieses Vorschlages seien noch negoziabel und könnten auch nach dem 19. September von einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet werden. Während der Westen den Vorschlag begrüsse, sehe Moskau keinen Unterschied zwischen westlichen und neutralen Flugzeugen.

GH geht davon aus, dass nicht das ganze Mandat der KVAE bis zum 19. Sept. ausgeschöpft, aber dass dies zum Teil in Wien nachgeholt werden kann. Aus Moskau gewinne Österreich den Eindruck, dass die beiden Supermächte die N+N-Vermittlung nur solange schätzen, als sie sich nicht bilateral einig werden. Neutrale Inspektionsflüge würden das Ansehen der N+N-Gruppe wesentlich stärken. Auch Schweden stehe inoffiziell hinter dem Schweizer Vorschlag, obwohl es seine Bereitschaft noch nicht dem KVAE-Plenum eröffnet habe.

BRE macht organisatorische Vorschläge zur Wiener Folgekonferenz: Um endlose Diskussionen über die Vereinbarung neuer KSZE-Treffen zu vermeiden, sollten deren Dauer (z.B. 12 Monate) und Periodizität (z.B. alle 3 Jahre ab gleichem Datum) sowie die nächsten Konferenzorte (auch ausserhalb der N+N) ein- für allemal festgelegt werden; damit wäre die Fortsetzung des KSZE-Prozesses auch beim Ausbleiben eines Schlussdokumentes gesichert.

GH wäre als Vertreter des nächsten Gastgeberlandes an einer vorgegebenen Konferenzdauer lebhaft interessiert. Für das Wiener Treffen stelle sich u.a. die Frage, ob und in welcher Form über die Zwischenveranstaltungen von Ottawa, Budapest und Bern Bilanz gezogen werde, damit deren positive Ergebnisse erhalten bleiben.



Für die zweite Phase der KVAE sehe Österreich eher eine selbständige Konferenz als eine Zusammenlegung mit den Wiener Truppenabbau-Gesprächen (MBFR).

Auch BRE spricht sich gegen eine Verschmelzung der zum Teil parallelen Verhandlungsmaterien aus, weil die KSZE nicht zu einem Block zu Block-Forum werden dürfe.

### 3. Südliches Afrika

BRE erläutert die Gründe der Schweiz für die Ablehnung westlicher Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika (Unwirksamkeit, Nachteil für unbemittelte und fortschrittliche Schichten, Retorsionsmassnahmen gegen Nachbarstaaten, Gefährdung der Edelmetallversorgung und des Schuldendienstes). Die Schweiz habe keine Rechtsbasis zur Verhängung von Sanktionen, wolle aber auch nicht die Massnahmen Dritter unterlaufen (Umgehungsgeschäfte). Entscheidend sei der ständige Dialog mit der Regierung in Pretoria und deren Beeinflussung im Hinblick auf eine Machtteilung mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit.

GH teilt die Ablehnung von Sanktionen, sieht aber kaum mehr Verständigungsmöglichkeiten zwischen Schwarz und Weiss. Fatal wirke sich die Polarisierung innerhalb beider Lager aus. Österreich werde sich nur universellen Sanktionen anschliessen, die vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen würden.

### 4. Blockfreien-Gipfel

Botschafter Muheim (MF) berichtet über seine Eindrücke aus Harare, wo auch eine österreichische Beobachterdelegation vertreten war: Die neue Generation von Blockfreien-Staatschefs besitzt nicht mehr das Charisma der Gründerväter und lässt mehr Pragmatismus erkennen. Der Gipfelvorsitzende Mugabe zeigte staatsmännisches Profil und scheute sich nicht, im Sinne echter Blockfreiheit Kritik an einzelnen Rednern zu üben. Neben den Neutralen und anderen Beobachtern waren z.B. die NATO-Mitglieder Spanien und Portugal als Gäste vertreten.

### 5. Krise der multilateralen Diplomatie

MF: Die Schweiz setzt grosse Hoffnung auf die "Gruppe der 18", deren Bericht über die administrative und finanzielle Effizienz der UNO der nächsten Generalversammlung vorliegen wird. In der UNESCO besteht das wichtigste, aber nicht einzige Problem darin, eine Ablösung von Generaldirektor M'Bow zu erreichen. Im Hinblick auf die nächste Generalkonferenz ist auch die schweizerische UNESCO-Kommission zu kritischem Mitdenken eingeladen. Im GATT und auf der Rotkreuz-Konferenz in Genf wird ein Ausschluss Südafrikas verlangt.

GH begrüsst die Reformvorschläge der 18er Gruppe, die u.a. eine Straffung des Wirtschafts- und Sozialbereiches der UNO vorsehen, und hofft, dass sich Pérez de Cuéllar für eine zweite Amtszeit



- 7 -

als Generalsekretär zur Verfügung stellen wird. Das zentrale Problem der UNESCO bilde die Person des Generaldirektors. Österreich trete in allen universellen internationalen Organisationen gegen den Anschluss einzelner Mitgliedstaaten ein.

BRE: Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika würden das GATT-Recht verletzen.

## 6. Zusammenarbeit in Westeuropa

GH: In der österreichischen Aussenpolitik kommt der engeren Zusammenarbeit mit der EG höchste Priorität zu. Da der Beitritt zur Gemeinschaft nicht in Frage kommt, muss eine Abkoppelung vom Integrationsprozess vermieden werden. Unter den Programmpunkten der Luxemburger EG/EFTA-Erklärung sind für Österreich die Verkehrs- und Transitfragen und die damit verbundenen Umweltprobleme von vitaler Bedeutung.

Minister Kellenberger: Auch in der Schweiz wird das Nein zur EG-Mitgliedschaft laufend überprüft; dabei ist als neues Element festzustellen, dass die Gemeinschaft zunehmend ihre handelspolitischen Mittel zu aussenpolitischen Zwecken (Sanktionen) einsetzt. Unsere Mitgliedschaft im Europarat, in der Europäischen Transportminister- (CEMT) und Zivilluftfahrt-Konferenz (ECAC) bietet keinen Ersatz für Direktbeziehungen zur Gemeinschaft. Das Weissbuch über den Ausbau des EG-Binnenmarktes dient als Richtschnur für Parallelaktionen. In den Verhandlungen zwischen der EG und einer Reihe europäischer Nichtmitglieder über den kombinierten Warenverkehr Strasse-Schiene wünscht die Schweiz einen baldigen Abschluss, ohne dass Österreich einseitige Ausnahmen von der Liberalisierung der Vor- und Nachlaufstrecken vorsieht.

GH glaubt, die Gemeinschaft sei mit der zweiten Süderweiterung noch heterogener und für ihre Beeinflussung durch Aussenseiter via einzelne Mitgliedstaaten empfänglicher geworden; dieser bilaterale Einfluss sei in allen EG-Hauptstädten geltend zu machen.

## 7. Bilaterale Fragen

BRE erklärt sich mit den Wiener Vorschlägen zur Ergänzung des Abkommens über konsularische Zusammenarbeit in allen Punkten einverstanden ausser dem Angebot der österreichischen Honorarvertretung in Somalia (Weiterbehandlung auf Botschaftsebene).

BRE legt die ablehnende Haltung der Schweiz zur Europarat/OECD-Konvention über gegenseitige Verwaltungshilfe in Steuersachen dar und lädt Wien zur Unterstützung dieser Position ein.

GH bekundet - nach den Ereignissen von Tschernobyl - das Interesse Österreichs an einem bilateralen Abkommen über nukleare Sicherheit, welches über den Minimalstandard der beiden IAEO-Konventionsentwürfe hinausgehen und auch die Frage der Haftung einschliessen soll.



33e Session du Conseil de la CNUCED

Le Conseil de la CNUCED a tenu sa 33e session du 1er au 10 septembre. Les travaux ont porté avant tout sur l'établissement de l'ordre du jour de la 7e Conférence prévue en 1987 et sur l'examen du système international d'échanges. Ces deux questions prenaient une signification particulière à la veille de la session ministérielle du GATT à Punta del Este, où des pays en développement influents pourraient s'opposer au lancement de nouvelles négociations commerciales.

Débat sur caractéristiques et défauts du système actuel d'échanges internationaux s'est déroulé sans surprise mais sans acrimonie. PED et Secrétariat ont mis l'accent sur la discrimination et les obstacles dont souffrent les PED dans système actuel et se sont bornés à exiger que pays développés améliorent unilatéralement l'accès à leurs marchés. Ils n'ont fait aucune allusion au nécessaire équilibre de droits et d'obligations entre toutes les parties au système si l'on veut que celui-ci soit stable et résolument ouvert. Pays socialistes se sont également plaints de la discrimination dont ils seraient victimes et ont demandé que tous les pays qui le désirent (c'est-à-dire y compris l'URSS, non-membre du GATT) puissent participer aux nouvelles négociations commerciales. Groupe B (pays occidentaux) a mis l'accent sur la nécessité de restaurer et d'adapter le système d'échanges et sur le caractère indispensable, à cet effet, de nouvelles négociations où les PED participent réellement (c'est-à-dire prennent part également aux échanges de concessions). La Suisse a fait remarquer que, si les causes de l'insuffisance de la participation des PED aux échanges internationaux allaient bien au-delà des seules imperfections du système d'échange, il restait nécessaire que celui-ci facilite l'ouverture vers les marchés extérieurs. Il fallait pour cela que le système réunisse certaines caractéristiques qui le rendent plus universel, plus ouvert, plus sûr et mieux adapté. Aucune décision n'a été prise à l'issue du débat mais il est clair que PED et Secrétariat continueront à insister pour que CNUCED reçoive mandat d'assister les PED au cours des négociations du GATT.



Négociations sur l'ordre du jour de la 7e Conférence butent essentiellement sur trois points: a) la volonté du Groupe B de faire mentionner explicitement que la Conférence examinera également le rôle des politiques économiques intérieures dans le processus de développement, et non seulement la coopération internationale à cet effet; b) la volonté de certains pays du Groupe B, notamment les pays développés producteurs de matières premières, de s'opposer à l'inscription des produits de base (pourtant domaine incontesté de la CNUCED) à l'ordre du jour; c) la volonté des PED d'inscrire un point séparé pour les problèmes des pays les moins avancés (PMA) et notamment pour l'examen du programme d'assistance particulier qui leur est réservé (NPSA).

Malgré impéritie coordinateur Groupe B (Australie) et grâce à souplesse PED (G77), négociations ont presque pu être conclues sur accord satisfaisant qui aurait donné à la Conférence un mandat répondant largement aux besoins actuels en matière de politique de développement et de coopération internationale. Toutefois, introduction en dernière minute par certains pays occidentaux de l'exigence d'inscrire le rôle de la privatisation dans l'ordre du jour fit échouer l'accord. Personne, même les 77, ne conteste l'importance du sujet en soi, mais bien la manière dont il fut présenté; question se pose également de la mesure dans laquelle il est véritablement souhaitable et réaliste que la CNUCED se penche sur le problème de la privatisation. Enfin, accord a également buté sur division de la CEE qui fut réduite à la passivité et aux manoeuvres de retardement. Suite à appels (inhabituels) du Secrétaire général et du Président du Conseil, G77 renonça à mettre au vote un texte. Reprise de session est donc prévue pour 3 octobre.



Négociations ont également porté sur lieu et dates 7e Conférence. Après avoir été présentée par certains PED et Secrétariat, Autriche s'est déclarée prête à accueillir à ses frais phase finale de la Conférence, sans toutefois en faire une invitation d'Etat, mais au titre de siège européen des NU.

G77, après beaucoup d'hésitations, a toutefois formellement proposé que Conférence se tienne à Genève pour une durée de trois semaines environ entre le 6 et le 31 juillet 1987, en deux phases continues. Conseil devrait accepter cette proposition lors de sa reprise d'octobre. A souligner que dates retenues posent la question de la possibilité de tenir simultanément à Genève la session d'été 1987 de l'ECOSOC.



### Wirtschaftsgespräche mit der Tschechoslowakei

Vom 10. - 12. September 1986 trat in Prag die bilaterale Gemischte Wirtschaftskommission zu ihrer zehnten Tagung zusammen. Die schweizerische Delegation stand unter der Leitung von Botschafter Lévy ; diejenige der Tschechoslowakei wurde von Vizeausserhandelsminister Garcar geleitet.

Im Zentrum der Erörterungen standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, namentlich die Möglichkeiten einer Dynamisierung des in den letzten zehn Jahren stagnierenden Handels. Bilaterale handelspolitische Probleme bestehen gegenwärtig keine. Die tschechoslowakische Seite betonte erwartungsgemäss die Wichtigkeit einer verstärkten industriellen Kooperation und wies dabei auf die seit kurzem bestehende Möglichkeit der Gründung von Gemischten Gesellschaften hin. Auf die Frage, ob direkte Kontakte zwischen schweizerischen und tschechoslowakischen Firmen möglich sind, erfolgte eine konfuse Antwort, die aber die systemischen Barrieren erkennen liess.

Während seines Aufenthaltes wurde Botschafter Lévy u.a. auch von Aussenhandelsminister Urban und vom Handelskammerpräsidenten Jakubec empfangen. Er führte auch Gespräche mit Wirtschaftsführern.

P.S.: Am Tag nach der Tagung hat die tschechoslowakische Regierung beschlossen, in Punta del Este den schweizerisch-kolumbianischen Erklärungsentwurf vollumfänglich zu unterstützen.

BRUNNER.



1.A.22.14.7.3. - BIC/1sInterne VerteilerlisteBetrifft:            **Wochentelex 38/86 (ch)**

Bundesrat Aubert		CFA
Sekretäre Chef EDA	Herr Jaccard Herr Erard	JL ER
Politischer Direktor	Botschafter Brunner	BRE
Chef Sekretariat pol. Direktor	Herr Loréтан	LR
Koordination und Planung	Herr Schaller	SRU
Sekretariat pol. Direktor	Frl. Chollet	W 156
Rechtsberater	Botschafter Monnier	MX
Protokoll	Botschafter Manz Herr Barbey	MA BAC
Politisches Sekretariat	Botschafter Ramseyer Herr Speck	RY SPE
Politischer Dokumentationsdienst	Herr Schmalz	SZ
Kanzlei politisches Sekretariat		W 338
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Faillettaz Herr Faivet	FA FB
Politische Direktion		
Politische Abteilung I	Botschafter Pianca Herr Wyss Herr Fetscherin (KSZE) Herr Faessler Herr de Dardel	PIA WS FN FCH DJ
Politische Abteilung II	Botschafter Rüegg Herr Blickenstorfer Herr Strauch	RUE BLI STH
Sektion für konsularischen Schutz	Herr Wyttenbach	WH
Auslandschweizerangelegenheiten	Minister Leippert	LT
Fremde Interessen	Herr Ghisler Herr Flückiger	GH FK
Direktion für internat. Organisat.	Botschafter Muheim Minister Staehelin Minister Lautenberg	MF SIN LA
Sektion Vereinte Nationen und internat. Organisationen	Herr von Graffenried	GV



Sektion internationale wissenschaftliche Angelegenheiten	Herr Creola	CRE
Sektion für kulturelle und UNESCO-Angelegenheiten	Herr Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Herr Theurillat	TB
<del>Information über UNO-Angelegenheiten</del>	<del>Herr Bucher</del>	<del>BUJ</del>
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Reimann	KT STR REI
Sektion Völkerrecht	Herr Imhof	IH
Sektion Entschädigungsabkommen	Herr Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Herr Rubin	RC
Sektion Landesgrenze und Nachbarrecht	Herr Dubois	DS
Sektion Verkehr	Herr Hulliger	HG
Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger	Basel
Generalsekretariat	Botschafter Wermuth Herr Indermühle Herr Ruf	WER IND RG
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals	Herr Bodenmüller	BOD
Personalsektion	Herr Kaiser/Herr Reich	KA/RE
Sektion Bezüge und Zulagen	Herr Trinkler	TK
Verwaltungsinspektorat und konsularische Angelegenheiten	Herr Robert	RO
Kuriersektion	Herr Scheurer	SR
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertretender Direktor	Herr Wilhelm	WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland	Herr Blaser	BL
Vizedirektor	Herr Giovannini	GI
Vizedirektor	Herr Högger	HL
Informationsdienst	Herr Leuzinger	LP
Multilaterale Angelegenheiten	Herr Pasquier	PA
Sektion Internationale Hilfswerke	Herr von Muralt	MD
Integrationsbüro EDA/EVD	Minister Kellenberger	Ke

1 Ex. Délégation suisse près l'AELE, 1 Ex. Mission permanente, Genève  
30 Ex. BAWI, Büro 81, Bundeshaus Ost (vom Wochentelex nur 31 Ex.)

(vom Wochentelex 1 Ex. an Raymond Probst, a. Staatssekretär,  
Brunnadernstr. 76, 3006 Bern)



16.911986

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, den

Informations- und Pressedienst

1.A.22.14.7.3. - BIC/1s

VERSANDLISTE

Ch 18. Sept. 86 -8

Betrifft: Wochentelex 38/86 vertraulich

DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN

Abidjan	Djeddah	New York / UNO
Abu Dhabi	Dublin	Oslo
Addis Abeba	Guatemala	Ottawa
Akkra	Hanoi	Panama
Algier	Harare	Panmunjom
Amman	Havanna	Paris
Ankara	Helsinki	Paris / OECD
Asuncion	Islamabad	Paris / UNESCO
Athen	Jakarta	Prag
Bagdad	Kairo	Pretoria
Bangkok	Khartoum	Quito
Beijing	Kigali	Rabat
Beirut	Kinshasa	Rom
Belgrad	Kopenhagen	San José
Berlin DDR	Kuala Lumpur	Santiago de Chile
Bogota	Kuwait	Singapur
Bonn	Lagos	Sofia
Brasilia	La Paz	Stockholm
Brüssel	Lima	Strassburg / Europarat
Brüssel / Mission	Lissabon	Söul
Budapest	London	Tananarive
Buenos Aires	Luanda	Teheran + Fremde Inter.
Bukarest	Luxembourg	Tel-Aviv
Canberra	Madrid	Tokio
Caracas	Manila	Tripolis
Colombo	Maputo	Tunis
Conakry	Mexico	Warschau
Dakar	Monrovia	Washington
Damaskus	Montevideo	Wellington
Dar es Salaam	Moskau	Wien
Den Haag	Nairobi	Yaoundé
Dhaka	New Delhi	
		Genf / IO

GENERALKONSULATE:

Hong Kong  
Mailand  
München  
New York  
Frankfurt

97 Vertretungen  
+ 5 Generalkonsulate

102 total  
=====

Ch 18. Sept. 86 -8



EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

Presse- und Informationsdienst

Bern, den 16. September 1986

VERTRAULICH

i.A.22.14.7.3. - BIC/ls

T E L E G R A M M (CH)Wochentelex 38/86

a) an die diplomatischen Vertretungen in:

- |                                   |                       |                               |
|-----------------------------------|-----------------------|-------------------------------|
| - Accra                           | - Den Haag            | - Peking                      |
| - Addis Abeba                     | - Dublin              | - Prag                        |
| - Algier                          | - <i>Havanna</i>      | - Pretoria                    |
| - <i>Amman</i>                    | - Helsinki            | - Rabat                       |
| - Ankara                          | - Jakarta             | - Riad                        |
| - Athènes                         | - Kairo               | - Rome                        |
| - Bagdad                          | - <i>Kinshasa</i>     | - Santiago                    |
| - Bangkok                         | - Lagos               | - Stockholm                   |
| - Beirut                          | - Lissabon            | - <del>Strassburg Repr.</del> |
| - Bonn                            | - London              | - Teheran                     |
| - Brasilia                        | - Luxemburg           | - Tel Aviv                    |
| - Brüssel<br>Botschaft + Mission) | - Madrid              | - Tokio                       |
| - Budapest                        | - Mexiko              | - Warschau                    |
| - Buenos Aires                    | - Moskau              | - Washington                  |
| - Bukarest                        | - Nairobi             | - Wien                        |
| - Canberra                        | - New Delhi           |                               |
| - Caracas                         | - New York/Swissobser |                               |
| - Dar es Salaam                   | - Ottawa              |                               |
|                                   | - Oslo                |                               |
|                                   | - Paris (auch OECD)   |                               |

- b) mit Kurier an alle übrigen diplomatischen Vertretungen sowie an die Generalkonsulate Hong Kong, New York, Mailand, München und auch an die Delegation in Panmunjom.
- c) an die Direktionen, Abteilungen und Dienste der Zentrale zur Information
- d) an das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) und das Integrationsbüro des EDA/EVD.